

Dienstag, 26. August 1926 - 76. Jahrgang Nr. 406

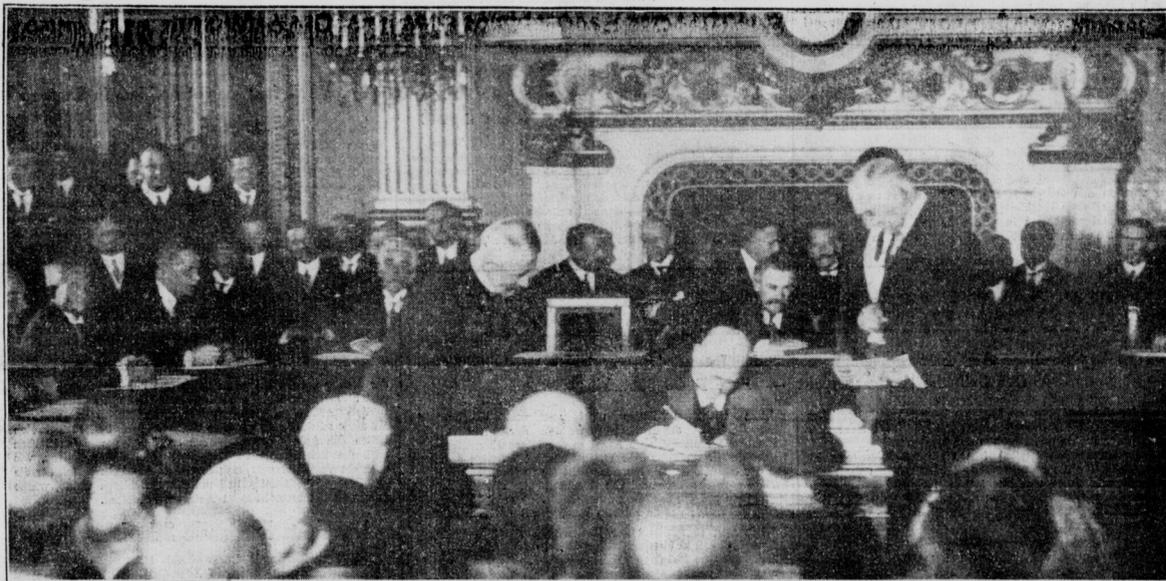
Berliner

Abend-Ausgabe

Einzel-Nummer 5 Pfennig

Volks-Zeitung

Neue Pakt-Unterzeichner — Lambach morgen vor dem Parteigericht — Oberlandjäger ermordet



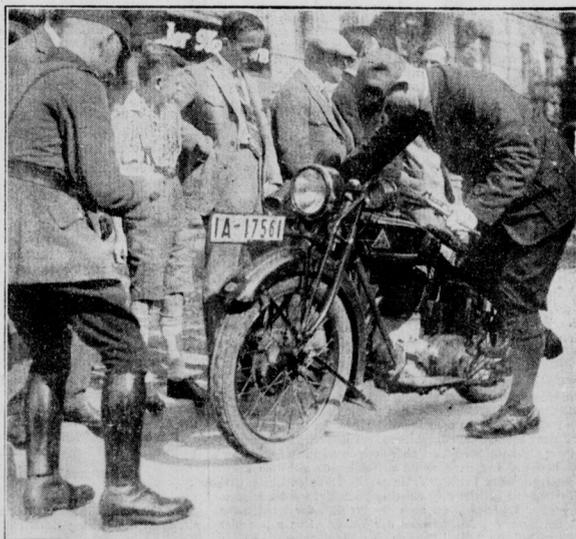
Der grosse Moment! Stresemann unterschreibt den Kellogg-Pakt

Kegelma



*Ein Drei-Monats-Prozess gegen die sizilianische Mafia
128 Beschuldigte auf der Anklagebank*

M. 14a 12/214



*Hoffentlich hilft's!?
Die Polizei verhaftet knatternde und rauchende Motorräder.*

P. P. - G. m. B. H.

Die ersten Beitritte zum Kellogg-Pakt

Dänemark, Rumänien, Südslawien und Peru — Das Echo der Unterzeichnung

PARIS, 28. August. (W. T. B.)

Der „Matin“ berichtet, dass von den Nationen, die gestern nach der Unterzeichnung des Kellogg-Paktes aufgefordert worden sind, auch ihrerseits dem Pakt beizutreten, bereits vier Länder telegraphisch ihre Zusage erteilt haben. Es sind Dänemark, Südslawien, Rumänien und Peru.

MOSKAU, 28. August.

Der französische Botschafter in Moskau, Herbet, überreichte dem Volkskommissar Litwinow die von der französischen Regierung an die Sowjetunion gerichtete Einladung zur Unterzeichnung des Kellogg-Paktes. Diese Einladung, die schon vorbereitet war, erging bereits wenige Minuten nach der Paktunterzeichnung in Paris. Die amtliche russische Mitteilung darüber lautet:

„Botschafter Herbet machte darauf aufmerksam, dass die Sowjetregierung den Wunsch zu erkennen gegeben habe, dem Kellogg-Pakt als gleichberechtigter Partner und unter den gleichen Bedingungen wie die ursprünglichen Signatäre beizutreten. Litwinow erwiderte um Vorlage von Abschriften der diplomatischen Korrespondenz, die zwischen den anderen Mächten in der Angelegenheit des Paktes stets stattgefunden habe, und auch um Bekanntgabe der Namen derjenigen Mächte, die zur Unterzeichnung eingeladen worden sind, und sagte wörtlich: „Diese Information ist nach Ansicht der Sowjetregierung notwendig.“

Pariser Pressestimmen

PARIS, 28. August.

Die Unterzeichnung des Paktes gegen den Krieg wird von fast allen Pariser Zeitungen als ein historisches Ereignis von grosser Tragweite bezeichnet, das durch die glänzende Rede Briands in seinem vollen Umfang gewürdigt worden sei. Als besonders bedeutungsvoll und charakteristisch für die geänderte Lage wird in den Zeitungen die Teilnahme Stresemanns an dieser feierlichen Handlung geschildert.

Dies kommt am besten in einem Artikel des „Matin“ zum Ausdruck. Sauerwein schreibt: „Gestern hat in demselben

Saale, in dem sich vor etwa zehn Jahren die Mächte versammelten, um den Völkerverbund zu gründen, Aristide Briand, zu dessen rechter Seite der Vertreter Deutschlands und zur anderen Seite der Vertreter der Vereinigten Staaten sass, mit einer kräftigen und klaren Rede die Unterzeichnung des Paktes gegen den Krieg eingeleitet. Wenn die Zeremonie von 1919 eine Art erste Kommunion der Nationen gewesen ist, die willig waren, den Frieden aufzurichten, war es gestern die feierliche Bestätigung eines grossen menschlichen Ereignisses, das über so viele Hindernisse dennoch unwiderstehlich die Völker zur Abschaffung der Greuel der Vergangenheit forttrieb, und es ist für Frankreich eine grosse Ehre, dass dank der meisterhaften Verhandlung Briands sich dieses Ereignis in Paris unter dem Vorsitz der französischen Regierung abgespielt hat. Dr. Stresemann, der trotz seines Gesundheitszustandes die Energie und den Mut gehabt hat, nach Paris zu kommen wegen einer Zeremonie, die die Weihe seiner eigenen Politik darstellt, hat nicht nur aus dem Munde Briands den Ehrenpreis erhalten, auf den er ein Anrecht hat, sondern die Mehrzahl der Anwesenden und später die vor dem Ministerium versammelten Zuschauer haben ihm durch warme Ovationen einen Beweis von ihrer grossen Achtung gegeben.“

Das Gewerkschaftsorgan „Le Peuple“ begrüssend den Pakt auf der ersten Seite seiner heutigen Nummer mit den Überschriften:

„Nieder mit dem Krieg.“ „Seit gestern ist der Krieg offiziell verurteilt.“ „Jetzt muss man ihn tatsächlich unmöglich zu machen suchen.“

In ähnlicher Weise drücken sich die meisten anderen Zeitungen aus.

Faschistisch-bolschewistischer Spott

ROM, 28. August.

„Der heutige Tag kann nicht unser Festtag sein, und wenn es einen Trost für unsere Sorgen gibt, so nur den, dass dieses Scheinfriedensfest von schwarzen Wolken verhüllt ist.“ So lautet die pessimistische Drahtmeldung des Sonderkorrespondenten des „Lavoro d'Italia“ in Paris, der mit seltener Offenheit das Missvergnügen Italiens über die Zeremonie im Ubersinn eingestrichelt. Italien sei in Wahrheit der „grosse Abwesende“, weil es als

einzig siegreiche Nation, vom Schicksal betrogen, seine historische Mission zu Ende führen wollte und

eine neue eiserne Generation heranbilden,

die das durch schwärzeste Unbill vorenthaltenen Recht auf die eigene Zukunft wieder gutmachen werde.

MOSKAU, 28. August. (Ost-Express.)

Die Beurteilung des Kellogg-Paktes in der Sowjetpresse ist, wie von Anfang an zu erwarten war, verächtlich ablehnend. Ziemlich scharf und aggressiv äussert sich die „Pravda“. Das Hauptorgan der Kommunistischen Partei der Sowjetunion führt aus: Es könne niemand

„die Ritter vom imperialistischen Pfriem“

daran hindern, bombastische Reden zu halten und „die grosse amerikanische Botschaft“ zu unterzeichnen. Die Vertreter des Imperialismus und Kapitalismus seien in der Heuchelei so erfahren, dass sie lüchelnd an einem Verhandlungstisch sitzen und vom Frieden sprechen und dabei doch heimlich ihre Schwerter gegeneinander schleifen könnten.

Stresemann von Paris abgereist

PARIS, 28. August.

Reichminister des Aeusseren Dr. Stresemann hat heute mittag 12.35 Uhr mit dem Schnellzug nach Strassburg Paris verlassen, um sich nach Baden-Baden zu begeben.

Gewerkschafts-Zusammenschluss in England

LONDON, 28. August.

Die grösste englische Gewerkschaft ist durch den Zusammenschluss der Transportarbeiter-Union und der Workers Union geschaffen worden. Der Verband der Transportarbeiter hat 300 000 Mitglieder und die Workers Union rund 150 000, so dass die neue Organisation die Interessen von 450 000 Arbeitern vertreten wird. Bisher war die grösste englische Gewerkschaft die der Eisenbahnarbeiter, und zwar mit einer Mitgliederzahl von 326 000, und man bemüht sich jetzt, auch diese Gewerkschaft in die neue Organisation hineinzubringen.

Moral gilt auch für Staaten

Die Grundlage der Völkerbeziehungen vor der Interparlamentarischen Union
Das Selbstbestimmungsrecht — Eine Rede Schückings

Auf der Tagesordnung des heutigen letzten Voll Sitzungstages der 23. Konferenz der Interparlamentarischen Union steht „die Erklärung der Rechte und Pflichten der Staaten“. Der Senator Lafontaine (Belgien) legt eine Entschliessung vor, nach der u. a. für die Beziehungen zwischen Staaten dieselben Grundsätze von Recht und Moral wie für die Beziehungen zwischen Einzelpersonen gelten sollen. Alle Streitigkeiten zwischen Staaten, die nicht gütlich beigelegt werden können, müssen in einem gerichtlichen Verfahren (Schlichtung, Schiedsspruch oder Gerichtsurteil) erledigt werden.

Jeder Staat muss ein ergangenes Urteil in guten Treuen ausführen. Die Staaten haben nicht das Recht, zur Selbsthilfe zu greifen. Jeder bewaffnete Angriff stellt ein Verbrechen dar.

Die verantwortlichen Einzelpersonen werden nach internationalen Normen belangt. Ein mit bewaffneter Gewalt angegriffener Staat befindet sich in Notwehr; die Gesamtheit der übrigen Staaten ist verpflichtet, ihm beizustehen. Der Resolution, so betont der Berichterstatter, komme eine ganz ausserordentliche Bedeutung zu. Leider mache sich überall in der Welt die Stärkung der nationalen Tendenz bemerkbar, während man hier doch mehr international zusammenarbeiten wolle. Der Berichterstatter schlägt den Zusatz zu der Resolution vor:

„Jedes Volk hat das unveräusserliche und unverjährende Recht, über sich selbst zu bestimmen.“

Von dem französischen Aussenminister Briand ist aus Paris ein Telegramm eingegangen, in dem er dafür dankt,

„dass die Interparlamentarische Konferenz sich mit ihrem moralischen Einfluss einer Kundgebung beigelegt hat, welche ihre Kraft dem Gefühl entlehnt muss, das alle Völker in wirksamer Weise für die Aufrechterhaltung des Friedens beitragen können. Mit grosser Befriedigung nehme ich hiervon Kenntnis.“

Die Verlesung des Telegramms wird von der Konferenz mit stürmischem Beifall aufgenommen.

Als erster Redner in der Debatte über die Rechte und Pflichten der Staaten legt Professor Schücking (Deutschland) einen Antrag vor, wonach in der Resolution gesagt werden soll, dass

territoriale Veränderungen nur gemäss dem internationalen Recht stattfinden dürfen,

dass Verträge für die Staaten Gesetz sein sollen und von ihnen genau eingehalten werden müssen, und dass ein Vertrag nur mit Zustimmung der beteiligten Staaten und gemäss dem internationalen Recht aufgehoben oder abgeändert werden kann. Der Redner betonte, dass die zustande gekommene Entschliessung ihn zwar voll befriedige, aber doch einen guten Schritt vorwärts bedeute. Insbesondere sei zu prüfen, ob nicht die Frage der internationalen Verträge dahin revidiert werden könne, dass die Verträge im Notfall auch einseitig gekündigt werden können. Von grosser Wichtigkeit sei auch das Problem der territorialen Veränderungen des Besitzstandes der Völker. Man müsse hier zurück zu Wilsons Artikel über das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Der Staat, der auf Grund einer Abstimung Gebietsverluste erlitten müsse, könne seine Entscheidung erhalten. Dementsprechend wäre der Artikel IX zu ändern. Das sei leider im Friedensvertrag von Versailles in zahl-

reichen wichtigen Fällen nicht anerkannt worden. In dieser Form angenommen, werde der Artikel die Grundlage für die weiteren Arbeiten der Interparlamentarischen Union bilden. Es gebe eine Wahrheit und ein Recht; es müsse nur der ethische Wille vorhanden sein, sie zu finden. Die Interparlamentarische Union sei von diesem ethischen Willen beseelt. Man könne auf sie das Wort anwenden: „Ihr seid das Salz der Erde; wenn aber das Salz dumm wird, womit soll man salzen?“

Wenn wir, so schliesst der Redner, nicht zusammenfinden können in fortschrittlicher Weise, um diese schwierigen Probleme lösbar zu machen, dann fürchte ich, werden alle Kellogg-Pakte nicht genügen, um der Welt den Frieden zu erhalten. (Lebhafte, anhaltende Beifall.)

v. Berzewicz (Ungarn) legt einen Abänderungsantrag vor, der an der Stelle der Entschliessung, die von den territorialen Verschiebungen spricht, das Wort „Bevölkerung“ vorschlägt, wie es irrtümlicherweise im deutschen Text auch bereits zu finden ist.

de Valera (Irland) beifällig begrüssend, weist auf die Schwierigkeit hin, die juristische Person des Völkerrichts zu definieren, den Staat, das Volk, die Nation. Die Eroberung müsse nur beurteilt, nicht nur für Gegenwart und Zukunft, sondern auch für die Vergangenheit.

Dr. Wottawa (Österreich) verlangt, dass der Begriff „Völker“ in die Resolution eingetragt werde. Man dürfe nicht nur von „Staaten“ und „Nationen“ sprechen.

Das österreichische Volk sei ein Teil des deutschen Volkes, es müsse das Recht haben, frei über sich selbst zu verfügen.

Für die Befriedung Europas sei aber die Vereinigung des österreichischen mit dem gesamten deutschen Volk notwendig. (Beifall.) Schücking aber spreche aus, dass Gebietsveränderungen nur auf Grund des internationalen Rechts möglich sein sollen. Handele es sich da um das bestehende, ungerechte oder um ein neues noch zu schaffendes Recht?

Der holländische Radikal van Embden widerspricht der Stelle der Entschliessung, die den Staaten das Recht militärischer Notwehr gibt. Dann sei es nur noch ein kleiner Schritt bis zur Präventivoffensive. Nur die Gesamtheit habe das Recht, zu entscheiden, ob ein Staat sich in Notwehr befinde.

Die Waffe, die der Hausvater irgendwo für den Fall der Gefahr aufbewahre, ziehe nicht den Angriff herbei, wohl aber tue das die angebliche Defensivrüstung der Staaten.

Darum dürfe den Staaten kein Recht zur Selbsthilfe zustehen, wohl aber ein Recht auf die Hilfe aller anderen Staaten im Falle der Gefahr. Wenn man diesen Grundsatz aufstelle, diene man der Abrüstung. (Beifall.)

Darauf tritt eine Mittagspause ein.

Johannes R. Becher amnestiert

LEIPZIG, 28. August.

In einer nichtöffentlichen Sitzung beschäftigte sich der Ferienhof des Reichsgerichts mit dem Dichter Johannes Robert Becher in Berlin, gegen den der Oberreichsanwalt wegen seiner bekannten Schriften ein Hochverratsverfahren eingeleitet hatte. Der Ferienhofsaal kam nach längerer Sitzung zu dem Beschluss: Das Verfahren gegen Becher wird auf Grund des Amnestiegesetzes eingestellt.

Politik der halben Mass.

Münchener Beflagungsbeschluss

MÜNCHEN, 28. August.

In der heutigen Stadtratssitzung wurde nach lebhafter Debatte der Antrag des Oberbürgermeisters und der bayerischen Volkspartei angenommen, anlässlich der Grundsteinlegung zum Bibliothekbau des deutschen Museums sowohl schwarzrotgold, als auch schwarzweissrot zu flaggen. Die Sozialdemokraten hatten den Antrag gestellt, neben den Landes- und Stadtfarben auch die Reichsfarbe zu hissen. Sowohl dieser Antrag, wie auch ein Vermittlungsantrag der Deutschen Volkspartei, der die Handelsflagge mit der Güsch mit berücksichtigen wollte, wurde zugunsten des ersterwähnten Antrages abgelehnt.

Das deutschnationale Scherbengericht

Das deutschnationale Parteigericht tritt morgen vormittag wiederum zusammen, um das Ausschlussurteil des Landesverbandes Potsdam II der Deutschen Nationalen Volkspartei gegen den Abgeordneten Lambach nochmals einer Prüfung zu unterziehen. Man erinnert sich, dass bereits Anfang Juli auf der Tagung der deutschnationalen Parteivertretung Hugenberg bindende Richtlinien für das Parteigericht, vor dem das Verfahren gegen Lambach verhandelt werden sollte, verlangt hatte, und dass sowohl der Vorsitzende des Parteigerichts, Staatssekretär a. D. Wallraf wie auch Graf Westarp sich gegen eine der entscheidenden Abstimmungen in der Minderheit blieben. Letzter Wallraf den Vorsitz im deutschnationalen Parteigericht nieder, während Westarp auf den Vorsitz der Partei und die Führung der Fraktion verzichtete.

Die Behandlung des „Falles Lambach“, die morgen erneut aufgenommen wird, erfolgt aus diesen Gründen unter einem neuen Vorsitzenden. Als solcher ist Geheimrat Schulz (Bromberg) berufen worden. Ausserdem gehören dem Parteigericht noch folgende vier Mitglieder an: Landrat Rogge (Rendsburg), Abgeordneter Ebersbach (Berlin), Frau Mueller-Ottfried (Hannover), Professor Meyer (Magdeburg) und Geheimrat von Strepel (Berlin). Die Sitzung des Parteigerichts beginnt um 9 Uhr vormittags. Um 11 Uhr wird Abgeordneter Lambach nochmals vor seinen Richtern erscheinen.

Wie das diesmalige Urteil ausfallen wird, lässt sich mit Bestimmtheit noch nicht vorher sagen. Immerhin sind Kräfte am Werke, die mit Unterstützung Wallrafs dahin arbeiten, dass das Parteigericht zu einem Spruch kommt, der beide Teile befriedigt, also nicht den endgültigen Ausschluss Lambachs ausspricht. Ob sich diese Kräfte allerdings gegenüber dem starken Einfluss Hugenbergs bei dem morgigen Scherbengericht durchsetzen werden, bleibt abzuwarten.

Endlich!

Einsicht in die Jakubowski-Akten

Nachdem der Rechtsanwalt Dr. Arthur Brandt im Auftrage der Deutschen Liga für Menschenrechte dem Landgericht Neustrelitz die von der Liga aus Dunajowka persönlich geholt Vollmacht eingereicht hat, ist durch Telegramm des Staatsministers von Reibnitz dem Rechtsanwalt Dr. Arthur Brandt am 27. August die Akteneinsicht zur Vorbereitung des Wiederaufnahmeverfahrens gestattet worden. Diese Akteneinsicht ist erfolgt und auch der Verteidigung des Bürgerscheit erlaubt. Zur Vorbereitung des Wiederaufnahmeverfahrens ausgehandelt worden. Ebenfalls hat die Verteidigung die Ermittlungsakten der Landeskriminalpolizei, die 350 Schreibmaschinenseiten umfassen, zu dem Zwecke erhalten.

Die Flucht in die Großstadt

ROMAN von PHILIPP BERGES

[St. Fortsetzung]

[Nachdruck verboten]

„Wie meinen Sie das, Herr Gabartz?“
 „Als ich Ihnen gestern Abend das Geld geboten habe, wenn Sie mir die Wahrheit sagen, haben Sie das Geld zurückgewiesen. Das war schön von Ihnen, Marianne. Ich weiß jetzt, dass man Sie nicht kaufen kann und wenn man eine Million auf den Tisch legt, und wenn man ein ehrlicher Mensch. Aber Sie müssen auch ganz ehrlich sein. Ich will Sie nicht kaufen, aber ich will Sie bitten, einem armen Mann zu helfen. Hier, Marianne, habe ich mein Glück gesucht, und schwere Opfer dafür gebracht und es war ich nicht immer so weiter gegangen, denn ich hätte Liddy geheiratet. Das wäre meine Pflicht gewesen und ist es noch. Aber ich weiß, dass sie mich bezaubert hat, während ich verurteilt war, ich habe sie beobachtet lassen, alle ihre Schandtaten kenne ich, ich weiß auch, dass Hornemann hier gewohnt hat, denn so kann man es doch nennen, wenn einer die Nächte da bleibt. Aber ich will keinen Unrecht tun, will keinen verurteilten oder benachteiligten, bis ich ganz sicher bin. Diese Sicherheit können Sie mir geben, Marianne, denn Sie allein unter allen diesen Menschen sind ehrlich.“

Unter Marianne öffnete sich gleichsam der Boden. In tödlicher Verlegenheit saß sie da. Ihr Gesicht war blutüberossen und verriet schon, was ihr Mund noch nicht ausgesprochen hatte. Die Wahrheit zu gestehen, schien ihr der schändlichste Verrat an Liddy, sie zu verschweigen, schien ihr noch ein grösseres Unrecht an dem armen Mann, der so schmachlich verurteilt wurde. Hier gab es nur eins, fühlte sie, die Antwort zu verweigern.

Gabartz antwortete auf dieses Gefühl, als ob es ihm geheimnisvoll bewußt wäre. „Nee, nee“, sagte er, „nich ja sagen und nich nee sagen, das hat keinen Zweck, Fräuleinchen. Ich will Liddy jetzt heiraten und frage Sie, ob ich das kann. Kann ich Liddy meinem Ellichen zur Mutter geben? Weiter sollen Sie nichts sagen. Da liegt alles drinne. Verraten brauchen Sie nichts. Wenn die Sache hier schief geht und sie wird natürlich schief gehen, und ausserdem wollen Sie und müssen Sie ja doch aus dem Hause, dann setzen Sie ohne Sorge — —. Hier ist der Mann, der Ihnen hilft, auch wenn Sie nicht zu meinem Ellichen kommen wollen. Aber wenn Sie das Kind gesehen haben, können Sie nicht wieder loshaben. Sie alles verstanden?“

„Alles“, sagte Marianne tonlos.
 Noch ein paar Worte und sie würde angehen haben, zu weinen. Die bürgerliche Moral, in der sie aufgewachsen war, ihre eigene Keuschheit und Unberührtheit, ihre ganze Ehrenhaftigkeit, bäumten sich dagegen auf, dass ein Mädchen wie Liddy, das ihren Wohlstand so schamlos betrog, die Mutter eines kleinen unschuldigen Mädchens werden sollte. „Aber auch dagegen lehnte sich ihr Gefühl auf, dass dieser ehrliche, vertrauende Mann, der so grosse Opfer für das Mädchen brachte, das er liebt, weiter betrogen werden sollte. Liddy kam ihr in diesem Augenblick ungemein verächtlich vor. Und in fast noch stärkerer Masse Ernst Hornemann, der hier als Parasit genoss, was ein anderer gutgläubig bezahlte.“

„Nun, Marianne“, sagte Gabartz leise und gespannt, „kann ich — ich will gar keinen Namen nennen — sie heiraten? Kann sie Ellichens Mutter werden?“

Marianne schüttelte den Kopf. Sie sah nicht, wie das Kind des Mannes sich vorschob, wie die

grossen Zähne zum Vorschein kamen und wie die Augen drohend und dunkel wurden. So gross war die innere Wut des Riesen, dass er sie am liebsten gleich an dem Mädchen vor ihm ausgelassen hätte. Aber als er sie ansah, wie sie mit gesenktem Kopf und sanft geröteten Wangen dasass, ganz Unschuldig und Verwirrt, meldete sich der Mann in ihm und dieser neue Typ schien ihm wieder so lockend und begehrenswert, dass die Sinnlichkeit beschwichtigend auf seinen Zorn wirkte. Rasch erhob er sich.

„Dank, Marianne“, sagte er kurz und freundlich. „Sie wissen den Weg zu mir und Ellichen.“
 Marianne blieb in tausend Zweifeln und Aengsten allein. Was würde jetzt passieren? Was würde mit Liddy und was mit ihr selbst geschehen? Auf einmal sah sie die Katastrophe vor sich, die sie am Abend vorher gebindert hatte. O, wäre sie doch schon vorher aus dem Hause gelassen! Nun war's zu spät. Sie telephonierte in Hellers Privatwohnung, dann in seine Redaktion, konnte ihn aber nicht erreichen. Vielleicht hätte er Rat gewusst. Sollte sie allein in ein Hotel, in eine Pension? Hier, das fühlte sie, war ihres Bleibens nun nicht mehr. Dieses Heim, so gut und so schlecht es war, würde aus einanderbrechen. Noch einmal und im Laufe des Abends noch einige Male versuchte sie Lux telephonsisch zu erreichen, konnte aber nicht erreichen. Sie resignierte in ihr Schicksal. Sie hatte sich mit Resignation getraut, irrtete sie sich selbst; nichts Unrechtes getan, musste sie sagen. Höchstens würde Liddy sie hinausweisen, und gehen wollte sie ja ohnehin.

Marianne's Logik erwuchs aus dem gerühnten Leben, wie sie es von Hause aus kannte, aus ihrer Erziehung, die sie gelehrt hatte, dass unangenehme Dinge mit wenig Geräusch und mit möglichstem Anstand abgewickelt werden müssten. Von dem Gewitter, das sich in Wirklichkeit über ihrem Kopf zusammenzog, hatte sie keine richtige Vorstellung. Um zwölf Uhr in der Nacht, als Liddy nach Hause kam, brach es los und begrub sie unter sich, verschüttete sie gleichsam unter Schlacken und Asche wie bei einem Vulkanausbruch.

Liddy nahm sich nicht Zeit, draussen ihre Ueberkleider abzulegen, wie eine Furie schreiend und tobend, wie Marianne sie noch nie gesehen, überhaupt noch keinen Menschen gesehen hatte, stürzte sie ins Zimmer. „Wo ist die Bestie? Wo ist das Aas?“ gellte es durchs Haus. Im nächsten Augenblick stand Liddy vor der Ueberbrachen und schlug unbarmerzig auf sie ein. „Du Hündin, du Dirne“, schrie sie ungestört, ihre Haare hingen wimmeln um den Kopf herum, aus mehreren Stellen des Gesichts floss Blut. Marianne war wie betäubt und wehrte sich nicht. Schliesslich lag sie auf dem Teppich und Liddy versetzte ihr noch einen Tritt. Nur die Erschöpfung zwang sie, die Misshandlung einzu-

stellen. Jetzt schrie sie mit heiser gewordenen Stimme: „Raus, du Luder, raus! Pack deinen Koffer und verdufte! Wenn ich dir in zehn Minuten noch hier finde, schmeiss ich dir zum Fenster raus!“ (Fortsetzung folgt.)

Bibel wider Bubikopf

Der Kampf gegen den Bubikopf hat sich beruhigt. Ab und an bellt noch jemand aus einem Winkel, unerhört, sich selbst am meisten zum Grolle. Die Gründe, die gegen das gebohlte Haupt ins Feld geschoben wurden, waren unendlich und „gediegen“. Die einen hatten's mit der Hygiene, die anderen mit der Weiblichkeit „als solcher“. Manche ersehnten eine allgermanische, eine herrliche Zeit und predigten den Damen Thauselda mit dem Zopf als Vorbild, warteten wahrscheinlich auf die Zeit, wo sie selbst wieder in Bärentell und Lockenhaut durch die Auen wandeln würden. Man gewöhnt sich jedoch an alles.

Nur der Barbier von Brixton gewöhnt sich nicht. Trotzdem er doch ein berufliches Interesse am gestulzten Haar hätte. Jede Frau, die ahnungslos in seinen Laden kommt, um sich den Bubikopf schneiden zu lassen, wird mit dem Zorn eines alttestamentarischen Propheten und donnernden Schmähdreden von der Schwelle gejagt. Denn der Barbier hat wegen des Bubikopfes in der Bibel nachgesehen, und da steht geschrieben: Erster Korintherbrief, Kapitel 11, Vers 15: „Und dem Weibe eine Ehre, so sie lange Haare zuegel. Das Haar ist ihr zur Decke gegeben.“

Frau und Presse

Die erste deutsche Frauenzeitung / Triumphe der Marlitt / Richtlinien für die Hausfrauenzeitung / Schriftstellerin und Hausfrau / Tagespresse und Fraueninteresse

Im Verlag F. A. Herbig, Berlin, erschienen ein höchst interessantes Buch: „Frauenorganisationen an Bildern“ von Emmy Wolff, dem wir zum vorliegenden Artikel einige Daten entnehmen.

Noch vor wenigen Jahrzehnten waren Frau und Presse getrennte Begriffe. Die Zeitung war für den Herrn des Hauses da, nicht etwa für die Hausfrau. Dichtende oder gar journalistisch tätige Frauen gehörten noch Ende des vorigen Jahrhunderts zu den seltenen Erscheinungen, und es galt allgemein und der wohlmeinenden Töchtern des Landes als unanständig, mit geschriebenem Wort irgendwie vor die Öffentlichkeit zu treten.

Die Zeiten haben sich indes gewaltig geändert. Die Frauen haben nicht nur ausserlich durch die Bewilligung des Wahrechtes Gleichberechtigung erkämpft, sondern haben sich auch innerlich zu einer geistigen Freiheit durchgerungen. Frau und Presse arbeiten jetzt Hand in Hand — noch vor wenigen Jahrzehnten war dies unmöglich.

In dem beinahe unübersehbaren Blätterwald der Frauenzeitschriften, die heute erscheinen, ist es gewiss interessant, sich an die erste deutsche Frauenzeitschrift zu erinnern, die im April 1849 erschien. Die Redakteurin und Herausgeberin war Louise Otto, die sich immer schon mit tatkräftiger Begierde für die Gleichberechtigung der Frau eingesetzt hat.

Angeregt von dem revolutionären Gedanken der 18er Jahre eröffnete sie ihre Frauenzeitung mit einem Programm, in dem es u. a. heisst:

„Wohl denn, meine Schwestern, vereinigt euch mit mir, damit wir nicht zurückbleiben, wo alle und alles um uns und neben uns vorwärts drängt und kämpft. Wir wollen unseren Teil fordern, das Recht, das Reimenschliche in uns in freier Entwicklung aller unserer Kräfte auszubilden, und das Recht der Mündigkeit und Selbständigkeit im Staat. Wir wollen unser Teil verdienen, wir wollen unsere Kräfte ausbilden, das Werk der Weltlösung zu fördern, zunächst dadurch, dass wir den grossen Gedanken der Zukunft, Freiheit und Humanität, auszubringen suchen, in allen Kreisen, in den weiteren des grösseren Lebens durch die Presse, in dem engeren der Familie durch Beispiel, Belehrung und Erziehung. Helft mir, meine Schwestern, zu diesem Werke, helft mir, die angedauten Ideen zunächst durch diese Zeitung wirken!“

So erschien im Jahre 1849 die erste Frauenzeitung. Sie enthielt eine hübsche Novelle,

Kochrezepte, Haushaltungsvorschriften, aber auch Einführungen der bis dahin politisch gänzlich ungebildeten Frau in das Wesen des Staates und des Sozialwesens. Die Frauenzeitung erfreute sich bald eines regen Zuspruchs, sie kostete 15 Neugroschen vierteljährlich, jeden Sonnabend erschien eine Nummer, der Inseratenpreis betrug 6 Pfennig pro Zeile. Als Motto setzte man über die Zeitschrift das Wort:

„Dem Reich der Freiheit werbe ich Bürgerinnen!“

Nachdem durch diese Frauenzeitung der Grundstein zur weiblichen Journalistik gelegt war, denn jetzt erschienen schon ab und zu Artikel und Geschichten, die Frauen als Autoren hatten, kamen die „Familienblätter“ in Mode. Sie hatten alle hübsche, spiessbürgerliche Namen, wie „Für mühsame Stunden“, „Wintermonate für Freunde leichter Unterhaltung und froher Laune“, „Die Gartenlaube“, „Für Geist und Herz“ usw. Revolutionäre Schriften wurden selbstverständlich unter dem damaligen Regime verboten. In den Familienblättern fand man lyrische Gedichte, Reiseschilderungen, Naturbeschreibungen, medizinische und technische Ratschläge und kleine Feuilletons, jedoch keinen Fortsetzungsroman. Diese sensationelle Neuerung brachte die „Gartenlaube“, indem sie die Marlitt für Fortsetzungsromane gewann. Wohl keine Schriftstellerin hat es in so unglücklicher kurzer Zeit fertig gebracht, Popularität zu erlangen, wie die Marlitt. Heute lächelt man über ihre Romane, nennt sie Kitsch und vergisst ganz, dass sie für die soziale Stellung der Frau durch die von ihr dargestellten Frauentypen, ungeheuer viel getan hat. Sie war die erste, die es wagte, in ihren Romanen gegen die verlotterte und verdorbene Kaste der oberen Zehntausend Front zu machen. Natürlich spielten ihre Romane nur in gräflichen Häusern, wo arme Erzieherinnen nachher als Herrinnen einziehen und verarmte Gräbtöchter gegen Fürstinnen sich behaupten. Marlitt's „Zweite Frau“ schuf eine Rekordauflage der „Gartenlaube“. Man setzte der guten Marlitt in ihrer Vaterstadt Arnstadt in Thüringen ein Denkmal, sie hat es verdient, während der Courts-Mahler die Nachwelt wohl keine Kränze flechten wird.

Auf die Marlitt folgten die Heimburg, die Werner, Luise Mühlbach und Ottilie Wildermuth. Selbstverständlich blieb es nicht aus, dass man auf alle Art versuchte, dem jungen aufstrebenden weiblichen Journalismus allerlei Steine in den Weg zu legen. In den Zeitungen der Tagespresse erschienen lange Artikel mit der Tendenz, die Frauen sollten in der Küche bleiben. Es

wurde der Frau reichlich schwer gemacht, neben der hausfraulichen Arbeit sich noch der Dichtkunst zu widmen. So schreibt Ottilie Wildermuth einmal an Kern:

„Ich bin alleweil auch ein Vogel, dem die Schwingen, d. h. die „Schreibeswingen“, gebunden sind. Tag für Tag rüste ich die Federn und lege mir Papier zurecht, dann ist ein Tag Kindswasch zu begeln, den andern muss ich Schmalz aussiedeln, am dritten sind nötige Briefe zu schreiben, am vierten hat der Bub keine guten Hosen mehr, dann muss ich eine Visite machen und Kuchen backen, so geht es eine Woche um die andere, und es geschieht nichts; wird für die Welt kein Schade sein, wird alleweil noch genug geschrieben.“

Die Zeiten haben sich geändert. Heute gehört die Journalistin mit zu den wichtigsten Faktoren der Presse. Die Frauen haben durch ihre eigenen Berufs- und Interessenzeitschriften, Frauenblättern sind bei jeder Tageszeitung zur Selbstverständlichkeit geworden. Bei allen grossen Verlagen sind selbständige Redakteurinnen angestellt, die gleichberechtigt neben ihren männlichen Kollegen arbeiten. Mit derselben Sicherheit, wie ihre männlichen Kollegen meistern sie den technischen Redaktionsdienst, was man vor wenigen Jahren noch nicht fflr möglich hielt.

Auch die Politik kennt die Frau als Autorin vieler interessanter Aufsätze. Namen wie Gertrud Bäumer, Marie Elisabeth Lüders, Ilse Reike usw. sind anerkannt von jedermann. Viele ansatzweise Zeitungen haben Frauen als Pressevertreterinnen und Korrespondentinnen, so hat z. B. die „Chicago Tribune“ eine Dame als deutsche Korrespondentin. Auf dem Pressekongress in Washington im Jahre 1925 vertrat eine Frau führende europäische Zeitungen. Als Kunst-, Literatur-, Tanz- oder Theaterreferentin hat die Frau ihre Stellung gefunden, ganz abgesehen von dem Modeteil, der ja schon rein naturgemäss der Frau zufällt.

Doch die Frau muss Frau bleiben, ganz unabhängig von ihrer beruflichen Tätigkeit muss sie ihr Frauentum hüten und pflegen, um nicht ihre eigene, individuelle Note zu verlieren. Gertrud Bäumer schrieb einmal:

Nur wenn die Frauen mit und in der Sachleistung, die sie in Beruf oder Verwaltung oder Politik einsetzen, aus ihrem weiblichen Prinzip heraus, unverschört, unbeirrt, ungebrochen, kühl und frei wirken, hat ihre Teilnahme an dieser Welt einen fruchtbareren Sinn.



Unnahbar
 Der Polkanhäuptling des Londoner Zoo